



# **DIE LINKE.**

Fraktion P r e n z l a u

**DIE LINKE.  
Fraktion der SVV Prenzlau  
Der Vorsitzende**

DIE LINKE, Diesterwegstr. 6, 17291 Prenzlau  
☎ 03984 – 5172 ☎ 03984 – 806010 ☎ 0171 – 7345355  
✉ uckermark@dielinke-uckermark.de jorge1966@web.de

Stellungnahme/Position  
öffentlich

25.10.2012

## **Antrag zur Schulsozialarbeit**

Herr Vorsitzender, Herr Bürgermeister, verehrte Damen und Herren.

Schulsozialarbeit ist ein großer Begriff. Und dennoch wage ich zu bezweifeln, dass sich alle hier in der Runde intensiv mit ihm auseinandergesetzt haben. Schulsozialarbeit kann als eine Form der Kooperation von Jugendhilfe und Schule bezeichnet werden. Das Land Brandenburg hat sein Verständnis von Schulsozialarbeit wie folgt definiert: *„Strukturell ist die Sozialarbeit an Schulen die Verankerung von Angeboten der Jugendhilfe sowohl an als auch im Umfeld der Schule. Inhaltlich gesehen ist Sozialarbeit an Schulen der Versuch, die auf Grund gewachsener Strukturen weitestgehend vollzogene Trennung der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen in verschiedene Lebensbereiche zu überwinden.“*

Wir wissen alle, dass Schulsozialarbeit heute mehr denn je eine Berechtigung hat, aber eben nicht nur an Schule. Will man präventiv tätig werden – in diesem Sinne sollte Schulsozialarbeit verstanden werden –, ist es notwendig, frühzeitig anzufangen. Dort also, wo die Probleme beginnen: in den Kindertagesstätten. In Schule können dann nur noch die bestehenden und stetig gewachsenen Probleme bekämpft werden. Unter diesem Gesichtspunkt verstehen wir als Fraktion DIE LINKE. Prenzlau den Antrag der SPD-Fraktion. Und bis hierher können wir zustimmen.

Der Antrag ist – auf die Notwendigkeit ausgerichtet – ehrenwert; der Bedarf ist gegeben, aber leider überall. Und das erfüllt der SPD-Antrag eben nicht.

Das Thema ist zu wichtig, um Schnellschüssen zu folgen. Das Angebot zur gemeinsamen Arbeit und zur Suche nach Lösungen – unterbreitet u.a. im BKS und im HAU – wurde nicht angenommen. Der Bitte, gemeinsam mit allen Fraktionen an einer Lösung zu arbeiten, wurde nicht entsprochen. In zwei Ausschüssen in die nächste Sitzungsfolge zurückgestellt, muss der Antrag nun plötzlich mit Gewalt durchgesetzt werden. Das Scheitern des Antrages würde uns allen den Weg für eine gemeinsame Lösung verbauen. Wir halten das gegenüber der Zielsetzung für ausgesprochen schädlich. Es bleibt letztendlich der unschöne Beigeschmack, dass die Schulsozialarbeit eben nicht das tatsächliche Ziel ist ...

Eine weitere Frage, die zunächst einer Klärung bedarf, ist die nach dem Träger der Schulsozialarbeit. Da sie deutschlandweit und auch im Land Brandenburg als eine *„spezifische Form der Jugendhilfe“* definiert wird, ist die Stadt eben nicht der geborene Träger. Es sei an dieser Stelle daran erinnert, dass die Stadt freiwillig bereits zwei Stellen weitgehend selbstständig finanziert. Und es kann sich inhaltlich nicht um eine Beschäftigungstherapie für in den Ruhestand gegangene Lehrer handeln, sondern Schulsozialarbeit muss von ausgebildeten Sozialpädagogen mit Leben erfüllt werden.

Es bleibt zum Dritten die unschöne, aber eben zwingend notwendige Frage nach der Finanzierung. Und dort ist der Antragsteller trotz aller inhaltlichen Bemühungen unserer Auffassung nach gescheitert, bleibt fast aussagelos. In der Begründung des Antragsteller findet sich die Bemerkung, dass die Finanzierung der immerhin knapp 93.000 € jährlich über die „Einsparungen im Personalentwicklungskonzept“ der Stadt erfolgen soll. Dieses Personalentwicklungskonzept sieht vor, bis 2019/2020 knapp 13 Personalstellen einzusparen. Erst ab dem Jahr 2020 würden diese Einsparungen jährlich 500.000 € erbringen. Der Antragsteller greift also acht Jahre vor der Verfügungsgewalt über dieses Geld auf dieses zurück. Seriöse Finanzierung sieht unserer Auffassung nach anders aus. Die fehlende Benennung einer möglichen Deckungsquelle mag vielen hier im Raum als Grund für eine Ablehnung des Antrages nicht plausibel erscheinen. Dennoch: Als Stadtverordnete haben wir eben nicht nur die Sorge um die momentanen Probleme der Stadt, sondern auch die langfristigen Wirkungen im Auge zu haben. Unter diesem Gesichtspunkt einem jährlichen Finanzierungsdefizit von mindestens 93.000 € auf acht Jahre zuzustimmen, ist uns mit Blick auf die Entwicklung der Stadt nicht möglich. Wir sind überzeugt, dass es eine Möglichkeit geben könnte, eine Finanzierungsquelle für den Antrag zu finden. Dazu bedarf es aber einer fraktionsübergreifenden Diskussion.

Es sei abschließend noch eine Bemerkung erlaubt. Der Verweis auf die Inklusion ist sachlich falsch. Das Modellvorhaben „Inklusion“ hat mit der Einrichtung von Schulsozialarbeit wenig zu tun. Das Pilotprojekt ist ein Landesprojekt. Im Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales wurde durch die Stellvertretende Schulleiterin der Diesterweg-GS, Frau Meißner, bestätigt, dass der Schule im Rahmen des Pilotvorhabens eine Lehrerstelle zusätzlich zugewiesen wurde. Diese kann und soll nicht einen Schulsozialarbeiter ersetzen, aber den spezifischen Aufgaben der „Inklusion“ entsprechen.

Die SPD-Fraktion wird sich fragen lassen müssen, warum sie, trotz der guten Kenntnis der Haushaltslage der Stadt diesen Antrag in die Öffentlichkeit gebracht hat, ohne vorher genau zu sagen, woher das Geld kommen soll, welchem sozialen Träger, welchem kulturellen Angebot oder welcher Personalstelle in der Stadtverwaltung dieses Geld genommen werden soll.

Für den Inhalt des Antrages sehen wir LINKE gute Chancen, aber nicht in der vorliegenden Form. Deshalb ergeht hier erneut die Bitte, den Antrag zurückzustellen und sich übergreifenden Gesprächen zur Finanzierung zu stellen.

Vielen Dank.